

Tagungsdokumentation
**Wie geht es nach dem Weltgipfel für
Nachhaltige Entwicklung
in Johannesburg weiter?**

Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Berlin in Zusammenarbeit
mit der Gesellschaft für Nachhaltigkeit, Neue Umweltökonomie
und
nachhaltigkeitsgerechtes Umweltrecht (GfN) e.V.

Berlin. 24.10.2002

Inhaltsverzeichnis

Einleitung

**Erfolge, Defizite und Perspektiven – Ein Resümee von
Johannesburg und Perspektiven für die Umsetzung der
Nachhaltigkeitsstrategie in Deutschland**

Dr. Volker Hauff, Vorsitzender des Rates für Nachhaltige
Entwicklung

**Aufgabenfelder und Prioritäten für die Umsetzung der
Nachhaltigkeitsstrategie in der neuen Legislaturperiode**

Michael Müller, MdB

**Fachforum 1 - Welche Zukunft hat die Stadt? Perspektiven
des Agenda-Prozesses in Berlin**

Zusammenfassung

Prof. Dr. Holger Rogall

**Fachforum 2 – Perspektiven der ökologischen Modernisierung
Deutschlands, wie geht es weiter mit der Ökonomie?**

Prof. Dr. Martin Jänicke, Vorsitzender des Rates von
Sachverständigen für Umweltfragen

Dr. Uwe Hartmann, Vizepräsident Deutsche Gesellschaft Für
Sonnenenergie e.V.

Fachforum 3 – Weiterentwicklung des Umweltrechts

Zusammenfassung der Ergebnisse

Dr. Stefan Klinski, FHW, Berlin

Herausgegeben von der
Friedrich-Ebert-Stiftung
Landesbüro Berlin
Hiroshimastr. 17
10785 Berlin
LBBmail@fes.de

Dezember 2002

Redaktion: Helene Wolf
**Dr. Volker Hauff, Vorsitzender des Rates für Nachhaltige
Entwicklung**

**Erfolge, Defizite und Perspektiven - Ein Resümee von
Johannesburg und Perspektiven für die Umsetzung der
Nachhaltigkeitsstrategie in Deutschland**

Johannesburg hat sowohl Defizite als auch Erfolge gebracht und es hat auch Perspektiven aufgezeigt. Und wer den Gipfel einseitig als gescheitert oder, wie andere, als große Erfolgsstory wertet, der liegt falsch. In der Regel sagen solche Bewertungen mehr über die Zugehörigkeit des jeweiligen Autors oder der Autorin zu einer bestimmten Organisation, die sie vertreten, bzw. teilweise auch auf dem Gipfel anwesend waren.

Die Beurteilung des Gipfels hat einen gewissen Wettbewerbscharakter angenommen. Es gab manche NGOs, die vor Johannesburg einen Wettbewerb veranstaltet hatten, wer die größten Erwartungen an den Gipfel formuliert und nach dem Gipfel übertraf man sich dann in der Einschätzung, dass er gescheitert sei, eine Enttäuschung darstelle und dass die Umweltpolitik in Deutschland verraten wurde.

Und auf der anderen Seite gibt es eine ganze Reihe von staatlichen Einrichtungen, bei denen zu beobachten ist, dass der Erfolg des Gipfels schon feststand, bevor er überhaupt stattgefunden hatte. Einige Leitartikler der großen Zeitungen spekulieren nun, ob Johannesburg der letzte Weltgipfel dieser Art war. Dies ist eine sehr vordergründige, wohlfeile Beurteilung. Sie geht an der Sache vorbei, ist viel zu kurzatmig und betrachtet den Gipfel viel zu sehr unter tagesaktuellen Aspekten. Deswegen ist es wichtig, Johannesburg in einen gewissen historischen Zusammenhang zu bringen.

Will man die Ergebnisse von Johannesburg richtig einordnen, ist es hilfreich, die Entwicklung der letzten 30 Jahre sehr kurz Revue passieren zu lassen.

Es begann vor 30 Jahren, im Jahr 1972 mit der großen und berühmten Konferenz zur Umweltpolitik in Stockholm. Dort wurden die grundlegenden Prinzipien des Umweltschutzes besprochen, in Dokumenten verabschiedet und es wurde in Stockholm eine Vielzahl von Dingen festgehalten, die uns heute selbstverständlich erscheinen, die damals jedoch höchst umstritten waren, wie zum Beispiel das Verursacher-Prinzip. Jedenfalls ist es unzweifelbar richtig, dass auf der Konferenz von Stockholm die Umweltpolitik als globales Politikfeld eröffnet und stabilisiert wurde. Ab diesem Zeitpunkt gab es keinen Weg zurück mehr.

Das zweite Ereignis ist der Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, der sogenannte Brundtland-Bericht, der 1987 vorgelegt wurde und in dem zum ersten Mal der Versuch gemacht wurde, Umweltpolitik nicht nur aus sich heraus zu definieren, sondern im Zusammenhang mit wirtschaftlicher Entwicklung zu sehen; daher auch der Name Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Und als ein roter Faden in diesem Bericht zog sich dort der Begriff *sustainable development* durch. Ein Begriff dessen Wiedergabe im Deutschen mit Nachhaltiger Entwicklung sicher ungenügend dargestellt wird, da er sehr abgehoben von der Alltagssprache ist und im alltäglichen Wortschatz der Menschen kaum vorkommt. Daher auch immer wieder die Schwierigkeit, diesen Begriff, der im angelsächsischen Raum, etwas sehr unmittelbares und konkretes umfasst, im Deutschen zutreffend zu umschreiben. Mit dieser Schwierigkeit werden wir leben müssen.

Die Brundtland-Kommission hat 1987 eine Reihe von Empfehlungen inhaltlicher Art ausgesprochen und im Besonderen eine Empfehlung, die damals gar nicht so ernst genommen wurde, welche heute aber vermutlich die wichtigste Festlegung überhaupt ist; und zwar die formulierte und festgehaltene Erwartung, dass,

wenn der Bericht nach einer Diskussion in der Generalversammlung der Vereinten Nationen den Regierenden zugeleitet wurde - und diese dazu Stellung genommen haben - in einem angemessenen zeitlichen Abstand eine große internationale Konferenz stattfinden soll, bei der die Staats- und Regierungschefs über ihre Position auf diesem Gebiet Auskunft geben und wie sie diese umsetzen wollen.

Das war die Geburtsstunde von Rio. 1992 fand die Konferenz zu Umwelt und Entwicklung in Rio statt.

Und diese Konferenz von Rio steht ganz sicher für Aufbruch, Begeisterung und Visionen. Denn das, was dort an Ansätzen tatsächlich geleistet wurde hat die Welt verändert und bewegt und hat zu ganz neuen Herausforderungen geführt. In Rio aber wiederum wurde der Beschluss gefasst, nach dem Ablauf von zehn Jahren erneut zu einer internationalen Konferenz zusammenzukommen, um dort festzustellen, was von den Visionen und den neuen Ansätzen tatsächlich realisiert wurde. Das ist also Johannesburg. Diese 30 Jahre bilden eine Abfolge, die man nicht außer acht lassen sollte, wenn man sich daran macht, Maßstäbe für die Beurteilung der Johannesburger Ergebnisse zu entwickeln.

Für eine abschließende Bewertung der Ergebnisse von Johannesburg ist es noch zu früh. Der beschlossene *plan of implementation* beschreibt Maßnahmen und Handlungsansätze, und diese können nur bewertet werden, indem überprüft wird, welche Vorhaben tatsächlich in die Tat umgesetzt wurden. Der Johannesburger Gipfel ist demnach etwas anderes als die von Visionen geprägte Konferenz in Rio, hat er doch als zentrales Element den *plan of implementation*. Aber eine vorläufige Bilanz kann man bei aller Zurückhaltung gleichwohl versuchen.

Bei dem Versuch, die Ergebnisse auf eine Formel zu bringen, kann man mit Recht sagen, Johannesburg brachte weniger als erhofft aber mehr als befürchtet.

Der Gipfel bietet Perspektiven, insbesondere auch jene, die von Deutschland und von der EU angeregt wurden. Die Regierungsverhandlungen selbst waren in der Tat mehr als zäh. Es ist jedoch dabei ein ordentliches Ergebnis herausgekommen, denn außerhalb der offiziellen Regierungsverhandlungen und der Dokumente, die dabei ausgetauscht wurden, war in Johannesburg eine Vielfalt der Zivilgesellschaft zu erleben, die mit einer außerordentlich positiven Energie dort präsent war. Das waren die NGOs, die Wirtschaft, die Verbraucherverbände, Städte und Gemeinden, die dort waren und mitdiskutiert haben. Genau diese positiven Energien gilt es zu nutzen, um einen wirklichen Schritt in Richtung auf eine nachhaltige Entwicklung zu gehen.

Und, als erste Konsequenz dieses Treffens, hat Johannesburg die Chancen dafür verbessert. Diese Beurteilung kann bei näherer Betrachtung noch vertieft werden. Dazu ist noch einmal der Unterschied zwischen Rio und Johannesburg von Bedeutung. Johannesburg war nicht wie Rio von einem weltumspannenden Optimismus geprägt. 1992 in Rio glaubte man, nach dem kurz vorher stattgefundenem Ende der Blockgegensätze in der Welt, an die Verteilung einer Friedensdividende - ein Wort, das sehr häufig in den Reden damals vorkam - und an einen weltpolitischen Aufbruch.

Johannesburg dagegen fand in einer ernüchterten Atmosphäre statt. Die Unterschiede sowohl zwischen arm und reich, als auch zwischen den Gewinnern und Verlierern der globalen Entwicklung sind im Zeitraum der vergangenen zehn Jahre nicht kleiner, sondern größer geworden.

Und während im Prinzip bekannt ist, dass Kriege und Spannungen und der internationale Terrorismus auch in der Armut und Ungerechtigkeit, die in großen Teilen der Welt herrscht, ihre Wurzeln haben, zeichnen sich für die Welt als ganzes noch keine wirklichen Lösungen ab. Die Globalisierung erscheint vielen als eine Bedrohung. Ihre positiven Auswirkungen werden oft übersehen.

Hinzu kommt der Rückzug der USA aus einigen internationalen Politikprozessen und ihr Widerstand gegen multilaterale Verpflichtungen als eine weitere Belastung für die Verhandlungen in Johannesburg. Berücksichtigt man diese Faktoren, so hat Johannesburg diesem Druck Stand gehalten und das war nicht selbstverständlich. Die Verhandlungen hätten sich auch rettungslos in den Fallstricken der Handelspolitik und Finanzierungsfragen verfangen können. Dennoch ist es in Johannesburg gelungen, die globale Nachhaltigkeitspolitik auf Kurs zu halten und zugleich neue Handlungsmöglichkeiten zu schaffen, was angesichts der globalen Entwicklung schon eine ganze Menge ist. Das war der Erfolg von Johannesburg: Die internationale Gemeinschaft meint es ernst mit der Nachhaltigkeitspolitik. Doch was hat der Gipfel der Sache gebracht? Das Verhandlungsergebnis ist ein Mosaik aus Fortschritten, aus Stillstand und aus Fehlstellen. Es zeigt aber auch das Momentum, welches von Johannesburg auf die Nachhaltigkeitspolitik ausgeht. Das Prinzip der *comb but differentiated responsibility* ist weitgehend die Grundlage für wichtige Umwelt- und Entwicklungsziele.

Ein großer Teil davon ist der ganze Bereich Trinkwasser. Der Anteil der Weltbevölkerung, ohne sanitäre Abwasserressourcen soll bis 2015 halbiert werden. Ein ehrgeiziges Ziel und noch ein plan of implementation. Ob er tatsächlich trägt und wie man ihn letztlich beurteilt hängt ausschließlich von der Frage ab, ob es denn eine Implementierung wird oder ob es bei den Absichtserklärungen bleibt. Jedenfalls soll der Zugang der Menschen zu sauberem Trinkwasser erheblich verbessert werden.

Zweiter großer Bereich sind die erneuerbare Energien. Der Anteil von erneuerbaren Energien an der gesamten Energieversorgung soll weltweit, so heißt es im Dokument, deutlich erhöht werden. Zugleich soll die Umsetzung dieses Ziels als Vorgabe in den

kommenden Jahren regelmäßig überprüft werden. Es gab den Versuch, konkrete Zeitziele und auch quantitative Grenzen zu setzen für die Einwahrung erneuerbarer Energien. Jedoch ist es richtig, dass dieses Ziel am Widerstand der USA, Japans und der OPEC gescheitert ist. Aber es ist auch richtig, dass es auf deutsche Initiative hin zu einer Erklärung gleichgesinnter Staaten zur Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien kam. Und diese Staaten haben sich auf konkrete Maßnahmen und Ziele verständigt. Der Bundeskanzler hat in seiner Rede vor dem Gipfel zu einer großen internationalen Konferenz über erneuerbare Energien im kommenden Jahr nach Deutschland eingeladen und zwar diese Staaten, welche sich dort zusammengefunden hatten, um gemeinsam an diesem Strang zu ziehen.

Der dritte große Bereich ist der Klimaschutz. Bekanntermaßen haben China, Kanada, Russland in Johannesburg ihre Ratifizierung des Kyoto-Protokolls angekündigt. Das ist ein ganz wichtiges Signal, weil damit das Protokoll in Kraft treten kann und somit bindendes Völkerrecht werden wird.

Die Frage der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie wurde besprochen und für überaus wichtig befunden. Es war auch eine der Empfehlungen von Rio, die Regierungen aufzufordern, nationale Nachhaltigkeitsstrategien zu entwickeln. Die Staaten haben vereinbart, die Einrichtung oder die Verbesserung von nationalen Nachhaltigkeitsreden zu unterstützen, um damit ein neues Forum zu schaffen.

Ein weiterer großer Bereich, der auch etwas Neues war im Vergleich zu Rio ist das Thema der Unternehmensverantwortung. Die Unternehmensverantwortung, also *accountability* bzw. *corporate responsibility*, soll weiter vorangetrieben, gefördert und unterstützt werden. Die Staaten sind angehalten, Rahmenbedingungen für freiwillige Vereinbarungen zu schaffen und die Unternehmen dazu zu motivieren, diese in Anspruch zu nehmen. Dialog- und Managementinitiativen werden ermuntert,

sich in diesem Bereich zu engagieren. Es gibt bereits eine ganze Vielzahl von Initiativen, die zum Teil noch gar nicht richtig in das öffentliche Bewusstsein gerückt sind. Natürlich wissen die Fachleute, die sich damit beschäftigen, dass es bei den Vereinten Nationen so etwas wie *global compact* gibt und auch, dass weltweit eine Vielzahl von großen Unternehmen sich verpflichtet haben, bei dieser Initiative von Kofi Annan mitzuarbeiten. Aber es ist z. B. relativ wenig bekannt, dass es einen Zusammenschluss von großen Unternehmen gibt, die sich mit dem Thema Mobilität beschäftigen und die in Johannesburg eine erste Studie vorgelegt haben, welche sich mit der Frage beschäftigt hat, was eigentlich an der Mobilitätsentwicklung besonders kritisch ist. Unter diesen Firmen, die sich da zusammengeschlossen haben, sind 6 der 10 größten Firmen der Welt. Und ebendiese Firmen investieren dabei relativ viel Geld und wollen im nächsten Jahr mit konkreten Empfehlungen an die Öffentlichkeit treten.

Dies sind alles wichtige, die Regierungspolitik ergänzende Maßnahmen, die in der Zukunft, eine wachsende Rolle spielen können und auch sollten. Das heißt aber auch, dass die Nachhaltigkeit zunehmend zu dem Feld der staatlichen Politik hinzu auch einen gesellschaftlichen Rahmen erhält, in den sie hineinwächst. Zukünftig wird z.B. die strategische Verbindung von Unternehmensverantwortung und Haftungsrecht eine der großen politischen Herausforderungen der internationalen Politik darstellen.

Johannesburg hat natürlich noch zu einer Vielzahl von anderen wichtigen Gebieten wie z.B. der Chemikalienpolitik, der biologischen Vielfalt, der Frage der natürlichen Ressourcen, der Fischerei, zur Gesundheit, zu Konsum und Produktionsmustern Festlegungen getroffen, die hier gar nicht alle aufzuführen sind.

Die erreichten Vereinbarungen sind Fortschritte im Sinne von kleinen Schritten in die richtige Richtung. Aber in das Mosaik

gehören auch die negativen Punkte und die Fehlstellen. Und die erste und wichtigste Fehlstelle ist bedauerlicherweise, dass es nicht gelungen ist, das Thema des institutionellen Rahmens für die Nachhaltigkeitspolitik innerhalb der UN in einen neuen Zusammenhang zu stellen. Es ist überfällig, dass das UNEP-Programm, das Umweltprogramm der UN, endlich zu einer eigenständigen Größe mit einer eigenständigen Organisationsform innerhalb der UN gemacht wird. Dieses Vorhaben ist an dem Widerstand von vielerlei Interessen gescheitert, die sich darin einig waren, bloß keine neuen Zuständigkeiten zu schaffen. Aber es hätte wohl angestanden, dass man hier für die wichtige und sehr gute Arbeit, die Klaus Töpfer auf diesem Gebiet leistet, auch den richtigen institutionellen Rahmen schafft.

Es ist richtig, dass auf dem Gipfel beschlossen wurde, den Generalsekretär zu beauftragen, zum Thema des Monitorings der beschlossenen Maßnahmen eigene Vorschläge zu machen. Man erwartet, dass es dazu auch Berichte geben wird, wobei es angesichts der thematischen Breite der globalen Nachhaltigkeitspolitik auch gelingen sollte, innerhalb der UN dann klare und erkennbare legitimierte Strukturen für solche Berichte zu schaffen. Denn klare Mechanismen und Richtlinien sind hierfür unabdingbar, aber leider wurden sie in Johannesburg noch nicht beschlossen. Leider wurde auch der aus Deutschland stammende und von der EU mitgetragene Vorschlag, eine neue UN-Weltkommission für Nachhaltigkeit und Globalisierung einzurichten, in Johannesburg nicht verabschiedet.

Und beim Thema Abbau von umweltschädlichen und wettbewerbsverzehrenden Subventionen insbesondere im Agrarbereich konnte zwar eine Initiative für eine Vorrangstellung der internationalen Handelsregeln nach den WTO-Regeln gegenüber internationalen Umweltvereinbarungen, verhindert werden, aber eine Verpflichtung zum Abbau von Subventionen in einer einigermaßen verbindlichen Form wurde nicht akzeptiert.

In diesem Mosaik von plus und minus scheinen für die Perspektive der Nachhaltigkeitspolitik folgende Punkte wichtig und von grundsätzlicher Bedeutung zu sein:

Zunächst einmal hat Johannesburg klar gezeigt, dass der Multilateralismus eine Zukunft hat. Johannesburg hat den Wert multilateraler Vereinbarungen gegen vielerlei Angriffe verteidigt und bestätigt. Es scheint, als würde sogar eine neue Form dieses Zusammenwirkens der internationalen Staatengemeinschaft geschaffen. Multilaterale Vereinbarungen können mehr als nur das Ergebnis völkerrechtlicher Verhandlungen mit Rücksicht auf den jeweils langsamsten im internationalen Geleitzug sein. Die bisherigen politischen Alternativen - auf der einen Seite multilaterale Vereinbarungen und auf der anderen Seite der Rückzug in unilaterale Politik beispielsweise der USA - werden möglicherweise in Zukunft zunehmend aufweichen. Das Thema der regenerativen Energiequellen ist dafür ein solches Beispiel. Es wird nicht mehr der Anspruch erhoben, entweder die Staatengemeinschaft als ganzes auf bestimmte Dinge zu verpflichten oder es in der internationalen Zuständigkeit zu belassen, sondern es werden unterschiedliche Formen des internationalen Zusammenwirkens entwickelt. Insbesondere im Zusammenhang mit erneuerbaren Energien kann man von einem Multilateralismus der verschiedenen Geschwindigkeiten reden. Während der Kyoto-Prozess als Beispiel für den klassischen Multilateralismus mit dem Anspruch, alle mitzunehmen, langsam verläuft, bildet sich nun hoffentlich eine neue Form des Zusammenwirkens heraus und eine neue Führungsgruppe von Staaten, die dann schneller vorangehen und damit Zukunftsmärkte schneller entwickeln.

Zweiter bedeutender Punkt: nationale Vorreiterrollen werden international honoriert. Johannesburg hat gezeigt, was eine politische Vorreiterrolle eigentlich ausmacht. Sie besteht nämlich darin, dass man tatsächlich vorangeht und nicht darin, dass man

nur darüber redet. Deutschland konnte in Johannesburg vor allem bei den Themen Klimaschutz und Entwicklung erneuerbarer Energien zeigen, dass der oft behauptete Gegensatz zwischen nationaler Vorreiterrolle und internationaler Vereinbarung in dieser Allgemeinheit nicht mehr besteht. Es kommt viel mehr auf die konkreten Inhalte der nationalen Vorreiterpolitik an und es hat sich herausgestellt, dass eine überzeugende nationale Strategie ein erfolgreiches Mittel ist, um die gesamte Staatengemeinschaft weiter voranzubringen.

Als dritten wichtigen Punkt, hat Johannesburg gezeigt, dass Partnerschaften von öffentlichen und privaten Institutionen eine Zukunftsoption sind. Kooperationen und Allianzen von verschiedenen Akteuren werden weiterhin und zunehmend eine große Rolle spielen. Aber sie werden nicht ernsthaft in Konkurrenz zu den Regierungsvereinbarungen treten können. Die freiwilligen Vereinbarungen der Industrie, in Deutschland haben wir dafür ja durchaus auch sehr positive Beispiele, z.B. im Bereich des Recyclings von Altpapier, werden durchaus zur Nachahmung auf der globalen Ebene empfohlen.

Zu dem Gipfel als Veranstaltung an sich, gibt es folgendes zu bemerken: Zu Beginn gab es viele Stimmen, dass dies der letzte Gipfel dieser Art gewesen wäre. In jedem Fall hat Johannesburg deutlich gemacht, dass ein solcher Gipfel in Zukunft einen neuen Ansatz braucht. Die bisherige Arbeitsteilung zwischen Staaten auf der einen Seite und der Zivilgesellschaft auf der anderen Seite muss überdacht werden. Während die Regierungen das harte Verhandlungsgeschäft verfolgen sind die zivilgesellschaftlichen Akteure für die Stimmung zuständig. So war das in Johannesburg und das war zu staatsfixiert. Zudem entspricht dies auch längst nicht mehr der Wirklichkeit der Nachhaltigkeitspolitik. Wir brauchen in der Zivilgesellschaft ebenso neue Formen der Kommunikation, wie auch neue Formen der verbindlichen Zusammenarbeit. Es wird auch in 15 Jahren Weltgipfel geben, aber sie werden völlig anders

aussehen. Bei diesen wird es nicht mehr das unverbundene Nebeneinander von staatlicher Verhandlung und zivilgesellschaftlichen Veranstaltungen geben. Die Zivilgesellschaft in ihren unterschiedlichen Facetten wie der Wirtschaft, der Industrie, den NGOs, den Wissenschaften und vielen anderen Gruppen muss in viel stärkerem Maße Anteil an den Gipfelvereinbarungen tragen, u.a. mit entsprechenden Initiativrechten. An dieser Stelle wird man mit viel Phantasie sich neue Wege ausdenken und auch tatsächlich beschreiten müssen.

Desweiteren wäre der Stand der deutschen Nachhaltigkeitspolitik zu betrachten.

Die Bundesregierung hat im April die nationale Nachhaltigkeitsstrategie, die „Perspektive für Deutschland“, welche in Rio vor zehn Jahren versprochen wurde, auch tatsächlich beschlossen. Im Vorfeld hat sie im Jahr 2001 den Rat für Nachhaltige Entwicklung zu ihrer Beratung einberufen. Dieser Rat für Nachhaltige Entwicklung hat die Aufgabe, die Bundesregierung einerseits bei der Formulierung der Politik zu beraten, sowie Ziele, Indikatoren und Projekte vorzuschlagen und zur öffentlichen Kommunikation des Nachhaltigkeitsgedanken beizutragen. Diese Aufgabe hat der Rat in den letzten 2 Jahren ernst genommen und versucht, in Erfolge umzusetzen. Das Thema Nachhaltigkeitspolitik ist fest in der Regierungspolitik verankert, wie man ja auch an dem seit ein paar Tagen vorliegendem Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung ablesen kann, wenn auch noch etwas zu unverbunden. Bezüglich des großen Themas Landschaftsverbrauch hat es viele sehr konstruktive Anregungen gegeben. Jedoch wurde an keiner Stelle der Versuch gemacht, die verschiedenen Politikfelder im Zusammenhang zu setzen und aufeinander zu beziehen.

Das heißt aber nicht, dass, nachdem die Dinge sich weiter entwickeln und Stillstand überhaupt nicht zu verzeichnen ist, man sich damit nun zufrieden zurücklehnen könnte. Im Gegenteil, wer

Nachhaltigkeit will, muss mehr tun, als in der Vergangenheit und dabei sind dann wirklich konkrete Schritte gefragt. Auch neu ist in diesem Zusammenhang zum einem das integrative Verständnis von Umwelt und Entwicklung, zum anderen der Versuch, die Wegmarken dieser Politik durch quantifizierte Ziele und Zeitpläne abzustecken. Es ist etwas sehr wichtiges, aus den unverbindlichen Absichtserklärungen und Zwischenbilanzen herauszukommen und stattdessen sehr konkret zu sagen, was die Absichten und Ziele sind und vor allem, wie diese zu messen sind. Der nächste Schritt besteht dann darin durch entsprechende Messungen alle 2 Jahre festzustellen, ob man auf dem Weg vorangekommen ist oder nicht. Nur auf diese Weise ist ein Ausbruch aus der unverbindlichen Diskussion möglich. Eine Vorreiterfunktion auf nationaler Ebene kommt den sogenannten Pilotprojekten zur Nachhaltigkeit zu. Der Rat für Nachhaltige Entwicklung hat der Bundesregierung neben den Empfehlungen zum Leitbild und den Zielen und Indikatoren zu der Strategie der Nachhaltigkeit auch empfohlen, in Pilotprojekten deutlich zu machen, an welchen Stellen konkret angesetzt werden kann.

5 Pilotprojekte des Rates wurden in die nationale Nachhaltigkeitsstrategie eingebracht.

Das erste ist die riesige Aufgabe des Energiecontractings im Immobilienbestand des Bundes und bei den Bundesliegenschaften und damit wirklich ernst zu machen.

Das zweite Projekt ist es, die Gebäudesanierung auf Niedrigenergiestandart voranzubringen und dafür die entsprechenden Förderinstrumente weiterzuentwickeln.

Das dritte ist die Entwicklung einer Kommunikationsstrategie für nachhaltiges Verkehrsverhalten, da es an diesem Punkt vor allem darauf ankommt, das Bewusstsein von Menschen zu verändern, - eine der schwierigsten Sachen, die es überhaupt gibt auf der Welt- um so die Zukunft durch Verbraucherverhalten zu gestalten. Der Rat arbeitet an einem Projekt, dem sogenannten nachhaltigen

Warenkorb für die Familien, welches wir in Zusammenarbeit mit einer großen Fernsehanstalt versuchen voranzutreiben.

Dieses Projekt soll der Frage nachgehen, welche Reaktionen ausgelöst werden, wenn man ernst macht in der konkreten Verbraucherpolitik in den Familien und einen Warenkorb entsprechend verändert.

Auf internationalem Gebiet stellt sich die Frage einer besseren und standortgerechteren Landschaftsnutzung und deren Beitrag zur Bekämpfung des Welthungers.

Der Koalitionsvertrag verweist an vielen Stellen auf die Politik der Nachhaltigkeit, und nun bleibt es abzuwarten, was an konkreten Schritten folgen wird.

Aus der Sicht des Rates sind von sicherlich die beiden Themen Energie und Stadtentwicklung, also Flächenverbrauch sowie Flächensparung, von besonderem Interesse. Aber auch Agrarpolitik, Verbraucherschutz, sowie die Anforderungen an eine moderne Bildungs- und Wissenschaftspolitik gehören in den Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung.

Von übergeordneter Bedeutung ist zudem der erneute Beschluss, die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie im Jahr 2004 einer kritischen Revision zu unterziehen.

Das wird der Punkt sein, an dem man auch einsetzen muss mit einer neuen intensiveren Diskussion darüber, wo wir in Deutschland stehen und was wir erreicht haben. Dabei darf nicht nur darauf verwiesen werden, was unmittelbar durch staatliche, regierungsamtliche oder kommunale Stellen erreicht wurde, sondern wesentlich auch darauf, welche Fortschritte es im Bereich der Zivilgesellschaft von der Industrie über die Verbände bis hin zu den Naturschutzverbänden gegeben hat und wie diese sich auf ihrem Gebiet engagieren und das öffentliche Bewusstsein stärken. In Zukunft wird nicht mehr allein staatliche Politik das Feld sein, in dem Nachhaltigkeitspolitik sich vollzieht, sondern es wird sehr viel breiter sein und das ist auch notwendig. Denn wer meint, eine nachhaltige Entwicklung in dem alleinigen Vertrauen auf

Regierungshandel zustande zu bringen, der wird maßlos enttäuscht werden. Wir müssen uns schon der Mühsal zuwenden, sehr viel mehr Akteure dazu zu gewinnen, Ihren Beitrag für eine nachhaltige Politik zu leisten.

Michael Müller, MdB

Aufgabenfelder und Prioritäten für die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie in der neuen Legislaturperiode

Um eine längerfristig ausstrahlende und gestaltende Politik zu verwirklichen, müssen die langen Linien, an denen man sich orientiert, geklärt werden. Nur so kann das Grundvertrauen in diese Politik entstehen, welches für das Durchsetzen von Reformen nötig ist. Ganz im Gegenteil zu dem falschen Satz von Helmut Schmidt: Wenn man Visionen hat, muss man in die Politik gehen. Oder mit Oscar Wilde gesprochen: Eine Landkarte, die den Ort Utopia nicht vermerkt hat, ist keines Blickes wert. Das ist heute, wo so viele nach dem Weg suchen, besonders wichtig.

Rot-Grün wurde nicht nur gewählt, weil Stoiber einfach keine Alternative ist, sondern weil besonders in drei Punkten die Erwartung besteht, Probleme zu lösen. Diese drei Punkte zu denen Rot-Grün eine Lösung zu bieten scheint, sind:

1. Die Zuspitzung der Weltpolitik, die nach dem 11. September 2002 entweder auf einen Rückfall in den Militarismus der Stärke oder auf die Zivilisierung der Welt hinausläuft. Das zeigt die Eskalation einer angekündigten Katastrophe, nämlich einem Krieg gegen den Irak, ganz deutlich. Die Erhöhungen der Militärausgaben, die dieses Jahr in den USA beschlossen worden sind, erreichen mehr, als das, was Frankreich und Deutschland gemeinsam im Verteidigungsetat haben. Insgesamt gibt die USA über 360 Mrd. Dollar für Militär und Rüstung aus, Nato-Europa kommt auf 140 Mrd. Dollar. Von der erhofften Friedensdividende ist nichts mehr zu sehen, stattdessen ist das Gegenteil eingetreten. Doch gerade vor dem Hintergrund des 11. Septembers stellt sich die Frage, ob eine Weltpolitik auf Unterdrückung von Gewaltursachen und möglichen Gewaltpotenzialen ausgerichtet ist oder ob es zu Weltinnenpolitik kommen muss, um Gewalt von vornherein sozial und kulturell zu neutralisieren? Heute stehen wir

vor der zentralen Entscheidung, ob es zu einer Politik der militärischen und ökonomischen Stärke oder zu einer sozialen und ökologischen Zivilisierung kommt.

2. Mit der Hochwasserproblematik rückte die ökologische Frage in ihrer ganzen Bandbreite wieder ins öffentliche Bewusstsein. Sie war scheinbar aus den Köpfen der Bürger verschwunden und kam nun in aller Härte zurück. Dabei ist die ganze Wahrheit noch immer nicht klar: Klimaänderungen haben zeitliche Vorläufe von vier und mehr Jahrzehnten. Wir haben im Alltag einen Angriff der Gegenwart auf die Zukunft, die wir heute, also im Voraus implementieren. In vielen Bereichen können wir uns nur noch fragen, ob wir die Auswirkungen etwas abmildern und die längerfristige Zukunft dann wieder ökologisch verträglich gestalten wollen.

3. Es ist sehr deutlich geworden, dass die Arbeitslosigkeit mit den bisherigen Formen, insbesondere mit den traditionellen Ansätzen der Wachstumspolitik oder auch mit dem gescheiterten Konzept des Neoliberalismus, nicht zu bewältigen ist. Neue Konzepte und Wege sind nötig.

Hier liegt die Bedeutung der Nachhaltigkeit. Sie kann und muss das programmatische Dach für die zweite Runde der Schröder-Regierung werden. Sie richtet sich gegen die Ursachen und führt die drei Probleme zusammen. Sie gibt der Regierungspolitik die rot-grüne Linie. Das gilt für alle drei Fragen: für die Weltinnenpolitik, für die Rückkehr der Natur in die Ökonomie und für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Nachhaltigkeit ist zudem ein sozialer Weg, der dauerhafte Lösungen möglich macht und nicht allein auf neoliberale Konzepte der Privatisierung und Deregulierung und damit nur auf Umverteilung und Spaltung der Gesellschaft setzt. Vielmehr ermöglicht dieser Weg neuen gesellschaftlichen Fortschritt mit neuen Formen stabiler Wertschöpfung und innovativen Märkten.

Denn: Die neuen Formen sozialer, ökologischer und physischer Gewalt sind letztlich eine Folge der Privatisierung der Welt und der Auflösung bisher gefestigter Zusammenhänge.

Erst die Erkenntnis, dass wir es mit einer fundamentalen Krise des Zivilisationsmodells zu tun haben, führt zu einer wirklichen Durchdringung der Probleme - und das muss auch erwartet werden. Was davon findet sich also in den Koalitionsvereinbarungen?

Nachhaltigkeit findet sich an vielen Stellen, aber es ist noch nicht überall wirklich die Leitlinie. Wir sind noch in einem Suchprozess. Dennoch: Die Koalitionsvereinbarung hat, insbesondere durch starke Impulse in den Verhandlungen, zu denen ich auch beigetragen habe, eine dritte Überschrift bekommen. Zu „Erneuerung und Zusammenhalt“ kam „Nachhaltigkeit“ hinzu. Jedes Hauptkapitel hat am Beginn ein paar Sätze zur Nachhaltigkeit. Natürlich könnte der Eindruck entstehen, dass es fast immer dieselben sind, aber trotzdem findet sich wenigstens der Versuch, über die fachspezifische Ausrichtung der Nachhaltigkeit in der Umweltpolitik hinauszukommen und sie dorthin zu verschieben, wo sie auch hingehört: ins Zentrum der Reformpolitik.

Als ein wichtiger Punkt ist in der Koalitionsvereinbarung verankert, dass das Parlament einen Ausschuss bilden muss, der sich mit dem Querschnittsthema Nachhaltigkeit kontinuierlich beschäftigt. Das heißt, es wird neben dem Nachhaltigkeitsrat der Bundesregierung auch auf parlamentarischer Ebene ein Gremium geben, das sich mit der Umsetzung von Nachhaltigkeitsstrategien in Deutschland und Europa auseinandersetzen wird. Diese neue Institution wird die Aufgabe haben, das bisher auf diesem Gebiet geschehene und zukünftige Möglichkeiten für eine Nachhaltigkeitsstrategie zu evaluieren. Ebenso soll dieser Ausschuss den Versuch machen, aus den

Beispielen anderer Länder für die nationale Nachhaltigkeitspolitik zu lernen.

Dabei wird deutlich werden, dass Nachhaltigkeit unter anderem auch deshalb so große Chancen bietet, weil in jedem Land Nachhaltigkeit mit anderen Themen verbunden wird und dadurch jeweils seine spezifische Stärke entwickelt. Zwei Beispiele dazu:

- Großbritannien hat den höchsten Anteil bei der Lokalen Agenda 21. Das liegt daran, dass dort die Lokale Agenda 21 sehr stark mit einer Stärkung der Kommunen gegenüber der Zentralregierung verbunden wird. Labour hat diesen Willen in der Politik zur Stärkung der regionalen Autonomie aufgegriffen.
- In Schweden dagegen beinhaltet der Begriff der Nachhaltigkeit die Idee, innerhalb von zwei Jahrzehnten den Umbau von einer nachsorgenden zu einer gestaltenden Umweltpolitik auf den Weg zu bringen.

Das hat wiederum Rückwirkungen auf andere Länder, die dadurch unter Legitimationsdruck gesetzt werden. So engagiert sich beispielsweise die schwedische Regierung sehr stark für die Idee der Stoffwirtschaft, die einem neuen Verständnis von Chemiepolitik verbunden ist. Dies geschieht auch zum Ärger einiger deutscher Unternehmer, denn die schwedischen Fortschritte haben Auswirkungen auf Gesamteuropa. In der Zwischenzeit gibt es entsprechende Entwürfe für Richtlinien auf der europäischen Ebene, die jetzt beraten werden und die sich interessanterweise auch, hier schließt sich ein anderer Kreis, stark an den Beratungen der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ des deutschen Bundestages orientieren. So bekommt das, was insbesondere die SPD in den 1980er Jahren nach den großen Chemieunfällen am Rhein für eine Chemiepolitik und Stoffwirtschaft entwickelt hat, jetzt eine ganz neue Bedeutung. In Schweden hat die Idee eine hohe Zustimmung gefunden und

gehört untrennbar zur Nachhaltigkeit. Diese mehrfachen Vorteile der Nachhaltigkeit müssen von dem geplanten Nachhaltigkeitsgremium erkannt und politisch genutzt werden.

Es wird nicht möglich sein, so wichtig Nachhaltigkeit in allen Politikbereichen auch ist, sie überall gleichzeitig zu implementieren. So groß ist auch die Fähigkeit zum Umdenken leider nicht. Es kommt vielmehr drauf an, den Nachhaltigkeitsgedanken anfangs in strategischen, beispielhaften Feldern umzusetzen, die in die Gesellschaft hinein- und darüber hinausstrahlen. Dann wird exemplarisch deutlich, was Nachhaltigkeit ist und welche Chancen mit ihr verbunden sind.

Heute haben wir noch das Problem, dass unter Nachhaltigkeit alles und nichts verstanden wird. Aber je mehr wir uns mit der Problematik beschäftigen, desto weniger können wir uns einen unspezifischen, nicht klar konturierten Nachhaltigkeitsbegriff leisten. Deshalb muss an exemplarischen Feldern viel konkreter dargestellt werden, was Nachhaltigkeit ist und wie eine Umsetzung aussehen könnte.

Auch der Rat für Nachhaltige Entwicklung hat es sich zur Aufgabe gemacht, ehrgeizige Indikatoren zu setzen. Zudem müssen für die Nachhaltigkeit eindeutige Prinzipien und Regeln festgesetzt werden, denen man sich nicht entziehen kann und an denen Fortschritte gemessen werden können.

Der Bundestag wird anfangs versuchen, dafür ein paar Impulse zu geben. Nachhaltigkeit und Gesundheit wäre hier ein interessantes Thema, auch Nachhaltigkeit und Bildung, ebenso Nachhaltigkeit und Verbraucherpolitik. Das geht weit über die heutige Fokussierung hinaus, so wichtig beispielsweise eine nachhaltige Energieversorgung auch ist. Aber wir müssen uns bewusst sein, dass Nachhaltigkeit ein generelles gesellschaftspolitisches Gestaltungsprinzip ist.

Welche Ansätze wurden in der Koalitionsvereinbarung berücksichtigt?

Erstens wurden alle Ankündigungen von Bundeskanzler Gerhard Schröder, die er auf dem Weltgipfel für Nachhaltigkeit in Johannesburg gemacht hat, in der Koalitionsvereinbarung festgehalten. Das sind insbesondere: internationales Wasserprogramm, internationale Energiepolitik, speziell eine Offensive für Solar- und Effizienztechnologien, Armutsbekämpfung sowie die Forderung, die UNEP zu einer globalen Umweltorganisation und eigenständigen Institution der UN mit gestärkten Rechten fortzuentwickeln. Die Programme für Wasser und Energie sind dabei im Koalitionsvertrag mit konkreten Summen ausgewiesen. Es wurden also nicht nur Absichten formuliert. 1 Mrd. Euro sind für die internationale Energiepolitik vorgesehen.

Ein zweiter wesentlicher Punkt ist die Effizienzrevolution. Dieses Ziel steht in einem engen Zusammenhang mit dem Thema „Arbeit und Umwelt“. Was bedeutet das? Die Bundesrepublik ist das Land mit der höchsten Produktivität in der Industrie. Damit haben wir das objektive Problem einer sehr hohen „Beschäftigungsschwelle“, weil neue Beschäftigungsimpulse in diesem Bereich erst bei einem Wachstum von etwa 2,4 Prozent ausgelöst werden. Deshalb ist es eine Illusion, zu glauben, man könnte mit einfachen Wachstumsmechanismen das Arbeitslosigkeitsproblem in Deutschland lösen.

In den Niederlanden werden schon bei ca. 0,4 Prozent Wachstum Beschäftigungsimpulse ausgelöst. Dort ist die Produktivität sehr viel niedriger. Hierin liegt übrigens ein zentraler Grund, dass das Poldermodell aufgekündigt wurde. Und das war in den Niederlanden erst einmal das Ende der sozialdemokratischen Regierung. An diesem Punkt stellt sich die Schlüsselfrage, ob unter den Bedingungen dieser hohen Exportstellung Produktivität anders als über den Faktor Arbeit organisieren werden kann?

Wir sind am Ende eines Weges, der nicht mehr verlängert werden kann. Im 19. Jahrhundert wurden in den westlichen Staaten die Menschen ausgebeutet, im 20. Jahrhundert wurde das Beschäftigungsproblem lange Zeit durch die Ausbeutung der Natur entschärft. Heute hält die Naturzerstörung an, aber gleichzeitig hat – auch durch die informationstechnologische Revolution – die Übernahme von Arbeit durch Technik – und das ist die Konsequenz hoher Produktivität – eine neue Dimension angenommen. Damit stehen wir vor der Frage, ob es möglich ist, statt wie bisher, im Wesentlichen unsere Wettbewerbsfähigkeit über die Steigerung der Arbeitsproduktivität zu sichern, die Produktivitätssteigerung weit stärker auf Materialeinsatz, Energieeinsatz, Ressourcenschonung etc. zu verlagern.

Von 1960 bis 2000 ist die Arbeitsproduktivität in Deutschland um rund 260 Prozent gestiegen, in demselben Zeitraum hat die Energieproduktivität um knapp 70 Prozent gestiegen und die Ressourcenproduktivitäten um etwa 80 Prozent zugenommen. Die beiden letzten Zahlen hätten auch sehr viel höher steigen können. Dieses hätte viele Vorteile mit sich gebracht, denn:

- Erstens ist die Ersetzung von Energie und Material durch Intelligenz, Kapital und Technologien in der Regel arbeitsintensiver.
- Zweitens schont dies die Volkswirtschaft, weil die Importkosten für Rohstoffe sinken.
- Drittens werden Folgekosten durch Umwelt- und Gesundheitsschäden minimiert.

Also lautet das Ziel in der Koalitionsvereinbarung, das jetzt konkretisiert werden muss, die Möglichkeit einer Verlagerung der Produktivität auf die Faktoren Material, Energie, Transport und Abfall. Was das bedeutet, macht schon ein Kostenvergleich deutlich: Das Kostenvolumen für die physische Seite von Produktion und Dienstleistungen ist doppelt so hoch (ca. 1,5 Mill.

DM) wie das Kostenvolumen für den Faktor Arbeit (ca. 800 Mill. DM). Aber trotzdem orientieren sich die Debatten fast ausschließlich auf den Faktor Arbeit.

Das ist eine gewaltige Summe, trotzdem wird auf den Faktor Material und Energie viel weniger Kreativität und Intelligenz angesetzt als auf die Verschlankung des Faktors Arbeit und damit auf die Förderung der Arbeitslosigkeit. Hier ist die Effizienzrevolution ein interessanter Weg. Wenn es beispielsweise gelingt, innerhalb von zehn Jahren das Kostenvolumen durch Energie- und Materialeinsparungen um etwa 20 Prozent zu reduzieren, würde das eine Kostenersparnis von insgesamt rund 300 Mrd. DM erbringen. Verrechnet man das mit dem, was man für Investitionen in die Effizienzrevolution braucht, kommt man immer noch, wie z.B. eine Studie von der Arthur Little Deutschland erwarten lässt, auf einen Gewinn von ungefähr 150 bis 170 Mrd. DM. Das wäre fast das Doppelte der sogenannten großen Steuerreform.

Der dritte wichtige Nachhaltigkeitspunkt in der Koalitionsvereinbarung ist eine Fortentwicklung des Umweltrechtes zu einem einheitlichen Umweltgesetzbuch. Das ist ein längst überfälliger Schritt und man wird sich hier an Frankreich und Schweden orientieren, indem man mit einer Dreiteilung des Umweltgesetzbuches beginnt. Am Anfang stehen die allgemeinen Grundsätze, dann die Fachgesetze und im dritten Teil die Spezialgesetze, zum Beispiel die Ökosteuer. Auf diese Weise wird das ganze Umweltrecht überschaubarer, schlanker, transparenter und besser handhabbar. Wir treten dem Trend der Deregulierung durch eine intelligente Neuregulierung entgegen.

Der vierte strategische Punkt, ist eine Konsequenz aus dem Hochwasserschutz. In der Koalitionsvereinbarung wurden alle Baumaßnahmen, wenn sie sich nicht auf notwendige, aber ökologische vertretbare Flussbaumassnahmen beschränken, gestoppt. Denn zur Nachhaltigkeitspolitik gehört ein anderes

Verständnis der Natur. Deshalb kann es nicht nur um technische Maßnahmen gehen.

Von daher ist es auch bedauerlich, dass von den Ländern das neue Naturschutzgesetz nur unzureichend umgesetzt wird. An dieser Stelle muss nachgehakt werden und notfalls wird der Konflikt ausgetragen. Dies steht auch in einem engen Zusammenhang mit der Agrarwende. Sie ist notwendig, ihr strategischer Schritt ist die Multifunktionalität. Das Leitbild ist die Ökologie. Wir wollen den Weg in eine nachhaltige Landwirtschaft gehen, vor allem auch in Hinsicht auf WTO, EU-Erweiterung und die Stärkung des ländlichen Raums.

Weitere Stichpunkte sind: Bei der Mobilität kommt es darauf an, innerhalb kürzester Zeit einen neuen Verkehrswegeplan vorzulegen. Dazu wurden in der Koalitionsvereinbarung entsprechende Kriterien festgelegt. Bei der Ökologischen Finanzreform hat man nicht den Mut gezeigt, der möglich gewesen wäre; so hätte man z. B. in der Abfallpolitik zu einer Abfallabgabe kommen können. Beschlossen wurden drei wichtige Punkte: erstens die schrittweise Verringerung der Ermäßigungen, die heute der Industrie gewährt wird, zweitens eine deutlich höhere Besteuerung von Erdgas, wo es bislang hohe Windfall-Profits gibt, und drittens die Evaluierung der Ökosteuer im Jahre 2004, um dann über mögliche Anschlussregelungen zu entscheiden.

Zudem soll in das Aktionsprogramm „Forum Bildung“ der Nachhaltigkeitsgedanke integriert werden. Wenn es um eine Modernisierung des Bildungssystems geht, ist es zwar sinnvoll, dass in Ganztagschulen investiert wird und die infrastrukturellen Voraussetzungen verbessert werden, aber genauso wichtig wird es sein, auch die Inhalte zu verbessern und zwar insbesondere in Richtung auf vernetztes Denken, bessere Vermittlung von naturwissenschaftlichen Fragen usw.. Hier besteht ein großer Nachholbedarf. Diese Inhalte müssen in eine Bildungsdebatte

stärker einbezogen werden. Es geht auch hier um längerfristige Linien.

Eine andere längerfristige Linie heißt – und da komme ich auf den Anfang zurück, dass wir uns klar werden müssen, dass wir heute an einer Scheidelinie stehen, an der die Selbstbehauptung des europäischen Modells von Demokratie, des sozialen Modells von Demokratie, in Frage steht. Es gibt keinen Automatismus zu mehr Fortschritt in einer modernen Gesellschaft.

Im Gegenteil: Aus den Studien von Norbert Elias wissen wir, dass in der modernen Gesellschaft immer die Widersprüchlichkeit vorhanden ist, dass Fortschritt und Rückschritt eng nebeneinander liegen.

Eric Dunning hat den historische Vergleich der Zivilisationsentwicklung mit der des Fußballsports gezogen und deutlich gemacht hat, wie sehr Gewalt in einem engen Wechselverhältnis zu dem Zustand der Gesellschaft steht. Der moderne Fußballsport ist zwar hoch professionell und internationalisiert, aber gleichzeitig habe er eben auch das Problem des Hooliganismus hervorgebracht. Diese Gefahr kann man auch auf die Gesellschaft übertragen. Was wir derzeit an neuen Gewaltpotenzialen erleben, hat gesellschaftliche Ursachen, denn zentrale Bedürfnisse der Menschen werden nicht berücksichtigt und es wird fundamental gegen Gerechtigkeitspostulate verstoßen.

Deshalb stellt sich die Frage, ob wir jetzt auf eine Welt des Unilateralismus zugehen, die von einem kurzfristigen ökonomischen Denken einer weltweiten Arbitrage- Ökonomie, nur den Kern hat, möglichst kurzfristig hohe Gewinne zu erzielen, bestimmt wird. Eine solche Welt müsste immer mehr durch innere und äußere Sicherheit abgesichert werden, was eine zunehmende Militarisierung bedeutet. Oder aber sind wir fähig, und hierfür haben die Idee der Nachhaltigkeit und die Zukunft der EU entscheidende Bedeutung, eine sozial-ökologische Politik zu

beginnen, die in der Welt ein neues Gleichgewicht schafft. Diese Kernfrage wird sich in den nächsten Jahren entscheiden. Die Politik der Nachhaltigkeit, die jetzt verlangt wird, ist nicht nur im Interesse der Welt, sondern auch in unserem eigenen Interesse. Deshalb dürfen wir nicht der Suggestion verfallen. Erneuerung setzt das Eingeständnis voraus, dass in der Bundesrepublik der traditionelle Weg, der über Jahrzehnte Sicherheit und Stabilität gegeben hat, zu Ende ist. Das war der Weg von Massenproduktion und hohem Wachstum auf der Basis des Nationalstaats und des Flächentarifvertrags. Dieses Modell ist aus ökologischen, globalen und sozialen Gründen nicht mehr haltbar. Die sich daraus ergebene Konsequenz heißt, dass eine andere Politik notwendig ist. Auch um unsere geschichtlichen Erfahrungen und Erfolge zu verteidigen, zu sichern und auszubauen.

Insofern muss unter Nachhaltigkeit das Ziel verstanden werden, ein Gegengewicht zu der sich seit etwa drei Jahrzehnten vollziehenden neoliberalen Restrukturierung eines globalen Kapitalismus zu schaffen. Diese Entwicklung hatte ihren Ausgangspunkt in den finanziellen Problemen der USA am Ende des Vietnam-Krieges, aus denen sich eine Weltökonomie ergeben hat, die in erster Linie auf monetären Erwartungen, auf der Gier nach heißem Geld und nicht auf Wertschöpfungsfaktoren beruht. Das ist nicht das europäische Modell, das auf der Annahme beruht, dass die Investitionen und die Wertschöpfung von heute die Arbeitsplätze von morgen sind, worauf der Sozialvertrag zwischen Kapital und Arbeit aufbaut.

Das neoliberale Modell stellt die Frage, was die Erwartungen von morgen sind und wie man dafür spekulieren kann. Dieser Herausforderung müssen wir ein europäisches, sehr viel stärker auf investiven Charakter, die Qualität des Wachstums und auf eine Ökologisierung der Produktion setzendes Modell, entgegenstellen. Dieses hat vier zentrale Elemente.

- Das erste Element sind Initiativen für global governance, wofür die Reform und Stärkung der UN wichtig sind.
- Das zweite ist die Förderung von Regionalisierung in der Welt, also unter anderem eine starke EU.
- Das dritte Element ist eine neue Architektur der internationalen Finanzmärkte und der WTO.
- Der vierte Punkt ist die Entwicklung von gemeinsamen Standards und Normen, insbesondere im sozialen und ökologischen Bereich.

Ein weiterer wesentlicher Bestandteil dieser Politik der Erneuerung ist ein Erfolg bei der Vertiefung und Erweiterung der EU. Dieser Prozess ist das Exempel dafür, ob die Globalisierung in kleinerem Maßstab sozial gerecht und ökologisch verträglich gestalten werden kann oder nicht. Verläuft dieser Prozess erfolgreich und führt er zu einem neuen Gleichgewicht durch bewährte Instrumente wie Subsidiarität und Co-Finanzierung, ohne dass am Ende ein Dumpingwettbewerb dabei herauskommt, kann er Vorbild für die Globalisierung werden.

Zudem muss sehr viel stärker auf ein qualitatives Wachstum gesetzt werden. Anfang der 70er Jahre gab es sehr viel weitergehende Ansätze und Konzepte, die wieder belebt werden sollten. Das gilt insbesondere für die Stichworte Energiewende, Ökoeffizienz und Agrarpolitik.

Ebenfalls von zentraler Bedeutung für eine Politik der Nachhaltigkeit ist die Ausweitung der Demokratie. Der Nationalstaat muss nach oben wie nach unten seine Souveränität erweitern, auch um selbst wieder gestärkt zu werden. Nach oben insbesondere im Zusammenhang mit der Entwicklung der Europäischen Union, nach unten durch die Stärkung der Zivilgesellschaft, insbesondere durch eine Fortentwicklung von mehr Teilhabe und Mitbestimmung im dezentralen Bereich.

Vor allem aber ist Nachhaltigkeit die Chance, das vielleicht größte innergesellschaftliche Problem, das wir heute haben, den Verlust der gefestigten Identitäten, zu bekämpfen. Verlust an Identitäten ist ein existenzbedrohendes Problem für die bürgerliche Gesellschaft, weil die globale Welt des Tauschs die Menschen entheimatet. Das ist der größte Sprengsatz für die Demokratie und für den Zusammenhalt von Gesellschaften. Nachhaltigkeit verlangt mehr Partizipation. Sie ist eine gewollte Herausforderung an die menschlichen Fähigkeiten. Nachhaltigkeit bedeutet deshalb auch mehr Vielfalt. Sie ist die wichtigste Chance, um Identitäten zu bewahren und wieder zu festigen. Ohne Identitäten wird der Stimmungspopulismus, der sich überall ausbreitet, noch viel schlimmere Dimensionen annehmen.

Nachhaltigkeit ist ein europäisches Konzept. Seine entscheidenden Wurzeln liegen in den Überlegungen der drei europäischen Regierungschefs Olof Palme, Willy Brandt und Gro Harlem Brundtland. Ihr Ursprung liegt in der 1972er Konferenz der UN zur Umweltpolitik. Damals wurde deutlich, dass jenseits der ideologischen Konfrontation andere Mechanismen notwendig sind, um trotzdem globale Politik gestalten zu können.

Nachhaltigkeit begreift die Welt als Ganzes. Sie will bei der Bewahrung unterschiedlicher Kulturen zu einer gemeinsamen Verantwortung kommen. Durch die Globalisierung haben diese Überlegungen eine weitergehende Dimension angenommen und an Aktualität gewonnen. Vorher waren sie der Versuch, über Systeme hinweg politische Handlungsfähigkeit zu entwickeln, heute sind sie die wichtigste Antwort auf die Herausforderung der Globalisierung.

Das Interessante an der Nachhaltigkeit ist, dass sie von einem globalen Ansatz ausgeht, dennoch dezentral und an jedem Ort die Akteure in die Lage versetzt, unterschiedliche Wege zu gehen und trotzdem das Ziel im Auge zu behalten. Nachhaltigkeit ist deshalb die große Chance, weil sie von klaren Prinzipien und Werten

ausgeht, die dennoch vor Ort völlig unterschiedlich ausgelegt werden können, aber dennoch ihre globale Orientierung behalten.

Vier entscheidende Punkte müssen berücksichtigt werden:

- Erstens die Einführung des Faktors Zeit in politische Entscheidungen. Nachhaltigkeit braucht die Beachtung, was Zeit für das Wechselverhältnis zwischen Gesellschaft und Natur, für soziale Prozesse und auch für die Regenerationsfähigkeit der natürlichen Haushalte bedeutet.
- Zweiter Punkt ist das Bewusstsein für die Grenzen der Natur. Im Unterschied zur Ökonomie ist die Natur prinzipiell limitiert.
- Dritter Punkt ist die Orientierung an einem Gleichgewicht. Allerdings an einem sehr viel größerem Gleichgewicht als in der Vergangenheit bei dem Thema Kapital und Arbeit. Dieses neue Gleichgewicht muss umfassend Ökologie, Soziales und Ökonomie einbeziehen.

Dabei gibt es jedoch keine Gleichrangigkeit. Vielmehr geht es um ein neues Haus, dessen Fundament die Ökologie ist, dessen Statik die soziale Gerechtigkeit ausmacht und dessen Größe davon abhängig ist, wie leistungsfähig Ökonomie und Wissenschaft sind.

- Viertens muss Nachhaltigkeit die Förderung des Wettbewerbs in einem umfassenden Sinne beinhalten. Ziel sollte ein Wettbewerb über völlig unterschiedliche Lösungswege sein, die sich in der Praxis auszeichnen und bewähren müssen.

Nachhaltigkeit geht weit über das hinaus, was in der Vergangenheit diskutiert wurde. Es geht um ein neues Politik- und Zivilisationsverständnis. Es geht um die europäische Selbstbehauptung. Deshalb an dieser Stelle ein Widerspruch gegen Francis Fukuyama, der 1992 vom Ende der Geschichte gesprochen hat. Er hat Hegel völlig falsch verstanden, denn das Ende der

Geschichte ist nicht die angebliche Alternativlosigkeit, sondern im hegelschen Sinne ist das Ende der Geschichte erst erreicht, wenn Konfliktlosigkeit herrscht. Wer aber kann in der heutigen Welt von Konfliktlosigkeit reden?

Fachforum 1

Welche Zukunft hat die Stadt? Perspektiven des Agenda-Prozesses in Berlin

Moderation: Eva Tiedge, Impulsreferat: Dr. Manfred Breitenkamp

Da dieses Fachforum aus technischen Gründen nicht aufgezeichnet wurde, erfolgt stattdessen eine Zusammenfassung der zentralen Aussagen der Berliner Lokalen Agenda 21 „Mit Zukunft gestalten - Zukunft mitgestalten“.

Erstellung einer Lokalen Agenda Berlin 21

Gemäß der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses vom 23.9.1999 und des Senats vom 7.10.2000 zur Erstellung einer „Lokalen Agenda Berlin 21“ erstellte das *Agendabüro* der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung auf der Grundlage von Papieren des *Agendaforums* einen Entwurf. Er wurde am 21.10.2002 vom Agendaforum beschlossen.

Handlungsfelder der Berliner Agenda

Der Entwurf umfaßt nicht die gesamte Bandbreite der Themen einer nachhaltigen Entwicklung, sondern sechs ausgewählte Handlungsfelder. Diese wurden parallel zu der Vorgehensweise der Enquete-Kommission des Berliner Abgeordnetenhauses „Zukunftsfähiges Berlin“ in Themenbereiche, Qualitätsziele, quantifizierbare Handlungsziele, Maßnahmen und Indikatoren gegliedert.

Themenbereich e	Handlungsfelder	
Die Umwelt erhalten	Verkehr / Mobilität	Querschnittsaufgabe für alle Handlungsfelder : Geschlechtergerechtigkeit umsetzen
	Klimaschutz	
Das soziale Leben in der Stadt gestalten	Soziale Stadtentwicklung	
	Partizipation	
Innovationen fördern, Beschäftigung sichern, Arbeitsplätze schaffen	Zukunft der Arbeit: Nachhaltige regionale Entwicklungspotentiale	
	Strukturwandel zur Informationsgesellschaft	
Bildung für die Zukunft	Bildung für nachhaltige Entwicklung	
	Sprache als Grundlage der Integration	
Berlin in der „Einen Welt“	Globale Aspekte der lokalen Agenda	

Nachhaltigkeitsplan zur Umsetzung der Agenda

Zur Umsetzung der Berliner Agenda 21 wird ein Nachhaltigkeitsplan erarbeitet, der Teilziele bzw. Handlungsziele, die notwendigen Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele, Verantwortlichkeiten für die jeweiligen Maßnahmen, Fristen und notwendige Ressourcen beinhalten soll. Der Plan soll nicht nur die Verwaltung, sondern alle am Agendaprozess Beteiligten mit einschließen.

Perspektiven des weiteren Prozesses

Ab November 2002 wird der Agenda-Entwurf in der Öffentlichkeit diskutiert.¹ Darauf aufbauend wird im Herbst 2003 die endgültige Fassung der Berliner Agenda 21 erstellt. Neben der Diskussion sollen eine Reihe von Projekten initiiert werden. Hierfür werden noch Partner gesucht.

¹ Kontakte: **Geschäftsstelle des Agendaforums** (im Difu): Straße des 17.Juni 112, 10623 Berlin, Tel. 390 01 157, Preuss@Agendaforum.de, <http://agendaforum.de> oder : **Agendabüro der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung**, Brückenstr. 6, 10179 Berlin, Tel 9025-2131 faensen-thiebes@senstadt.verwalt-berlin.de

Fachforum 2

Perspektiven der ökologischen Modernisierung Deutschlands, wie geht es weiter mit der Ökonomie?

Moderation: Prof. Dr. Holger Rogall, Impulsreferate: Prof. Dr. Martin Jänicke, Dr. Uwe Hartmann

Prof. Dr. Martin Jänicke, Leiter der Forschungsstelle für Umweltpolitik der FU

Im Januar habe ich, in der Hoffnung, dass die Bundesregierung wiedergewählt werden würde, ein Gutachten erstellt. Und dieses Gutachten zur Umweltpolitik der nächsten Legislaturperiode.

Drei Grundstrategien habe ich in diesem Gutachten ausführlich dargestellt.

Die erste ist die unternehmensbezogene Innovationsstrategie, die unter anderem über Bildung von sogenannten Leadmärkten zur ökologischen Modernisierung der Weltmärkte beiträgt und eine Vorreiterrolle Deutschlands einschließt. Den Willen dazu hat Deutschland in Johannesburg durchaus eindrucksvoll bewiesen. Bundeskanzler Gerhard Schröder hat den meisten Beifall bekommen, nicht zuletzt dafür, dass er eine Mrd. Euro für eine klimabezogene Energiepolitik anbot.

Bei diesem Thema ist man in Johannesburg zum ersten Mal vom bisherigen Konsensmechanismus zu einer Vorreiterstrategie übergegangen, bei der die global nicht durchsetzbaren Ziele mit denen, die bereit sind, mitzumachen, verfolgt werden. Auf der Konferenz selbst erklärten sich 20 Länder zu einer diesbezüglichen Zusammenarbeit bereit, inzwischen sind es 125 Länder.

Das ist - im Rahmen der EU - eine deutsche Initiative gewesen. Bei der Innovationsstrategie ist es das Ziel, von inkrementalen zu radikalen Innovationen überzugehen. Nicht die Effizienzverbesserung beim Kohlekraftwerk ist dann wichtig, sondern der Übergang zu grundlegend anderen Technologien.

Noch bedeutender für eine erfolgreiche Innovationsstrategie ist die Diffusion von Technologien. Dabei gilt es zu verhindern, dass die vielen sinnvollen Technologien, die bereits entwickelt wurden, auf Nischenmärkte beschränkt bleiben. Stattdessen muss es zu einer möglichst vollständigen nationalen wie internationalen Marktdurchdringung kommen. Wenn weitgehende Innovationen und vollständige Marktdurchdringung zusammenkommen, hat der technische Fortschritt ein enormes Potenzial, welches entsprechend genutzt werden sollte. Aber natürlich immer in dem Bewusstsein, dass nicht alles durch Technik lösbar ist, sondern vieles strukturelle und viel schwierigere politische Lösungen erfordert. Das wäre also der Ansatz der ökologischen Modernisierung.

Die zweite von uns empfohlene Strategie, ist die der grundlegenden Neuorientierung der Staatstätigkeit in den wichtigsten Politikfeldern. Das heißt, wir brauchen eine neue Energiepolitik, eine neue Verkehrspolitik, eine neue Agrarpolitik, eine neue Baupolitik und eine neue Finanzpolitik.

Als dritte Grundstrategie, wird der Bundesregierung nahegelegt, in den nächsten vier Jahren die Handlungsvorgaben der Europäischen Union und von Johannesburg umzusetzen.

Die EU hat bekanntermaßen eine sehr aktive Rolle in Johannesburg gespielt. Und jetzt verfolgt sie die Ziele, die sie in Johannesburg durchgesetzt hat, forciert innerhalb der EU.

Das ist eine alte Methode, die schon der niederländische Umweltminister Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre angewandt hat. Er hat auf der globalen Ebene, z.B. in Rio, sehr weitgehende Dinge durchgesetzt, ist in sein Land zurückgekehrt und hat die weitgehenden Ziele dann auf nationaler Ebene verwirklicht. Man benutzt also die globale Ebene als ein Vehikel für eine weitergehende nationale Politik. Und es ist ein deutliches Signal,

dass die EU und sogar der konservative dänische Umweltminister als Vertreter einer Regierung, die den Umweltschutz eigentlich einschränken wollte, diese Methoden heute wieder anwendet. Herr Schmidt, der dänische Umweltminister, hat in Johannesburg im Namen der EU eine beachtliche Rolle gespielt; Länder wie Deutschland und Schweden haben ihn aktiv dabei unterstützt. Inzwischen tagte der Rat der Umweltminister der EU und beschloss unter Berufung auf Johannesburg einen forcierten Klimaschutz, die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien am Energiemix auf 15% und eine anspruchsvolle Chemiewirtschaft. Gerade der Ansatz einer neuen Chemiewirtschaft war innerhalb der EU bisher immer auf Widerstand gestoßen.

Jetzt liefern die Beschlüsse von Johannesburg also die Grundlage für die Durchsetzung von Reformen. So sollen z.B. nun nachhaltige Produktions- und Konsumtionsmuster in der EU umgesetzt werden. In Johannesburg wurden diese umstrittenen und vor allem von den Amerikanern abgelehnten Vorschläge gegen viel Widerstand verabschiedet und die EU integriert sie nun in ihre Strategie.

Besonders für den sogenannten Lissabon-Prozess ist die Einbindung dieser Ziele wichtig. Am Ende dieses Prozesses soll, in Richtung auf eine *highly ecoefficient economy*, ein allgemeines Wirtschafts- und Sozialprogramm in Kombination mit einem Umweltprogramm herauskommen. Zu diesem Ziel will die EU mit Hilfe von z.B. ökologisch angepassten Produktions- und Konsumtionsmustern gelangen. Und schließlich soll die Biodiversität, die bereits eine erhebliche Rolle spielt, weiter verfolgt werden.

Trotz des Eindrucks, dass die von allen Ländern entwickelten Nachhaltigkeitsstrategien an Dynamik eingebüßt haben, wird an diesem Weg festgehalten. Nicht durchgeführt wurde die Evaluierung der verschiedenen nationalen Lösungswege und die im

Rio-Prozess vorgesehene systematische Auswertung der erzielten Erfolge.

Dennoch hält die EU an der Nachhaltigkeitsstrategie und der Idee der Politikintegration fest. Der 1998 begonnene „Careliff-Prozess“ zur Integration der Umweltbelange in die anderen Politikfelder, soll fortgesetzt werden. In der EU gibt es dazu Ansätze, die trotz aller Widerstände und Schwierigkeiten ausgebaut werden sollen.

Daraus ergibt sich für die deutsche Politik ein Rahmen, dem man sich nicht entziehen kann.

Der Vorschlag des Gutachtens zur Erneuerung der Politikfelder, greift diese Überlegungen auf.

Am Anfang einer neuen Energiepolitik muss die Erkenntnis stehen, dass in dieser Legislaturperiode das für 2005 gesetzte Ziel einer CO₂-Reduzierung um 25% mit Sicherheit nicht erreicht werden wird, obwohl bemerkenswerte Fortschritte gemacht worden sind.

Das liegt unter anderem daran, dass Kraft-Wärme-Kopplungspotenziale nicht systematisch genutzt worden sind, weil die Strom- und Kohlewirtschaft dagegen gehalten hat und weil eine Reihe von vorgesehenen Maßnahmen erst später greifen wird. Aber es ist abzusehen, dass in diesem Bereich noch sehr viel passieren muß.

Zum Stichwort Kohlesubventionen wurde in Johannesburg beschlossen, umweltschädliche Subventionen im Energiebereich und allen anderen Bereichen abzubauen. Auch diesen Beschluss hat die EU mit vertreten. In Deutschland und der EU stoßen diese Beschlüsse allerdings auf Widerstände. Aber wenn es um Einsparungen geht, liegt hier ein entscheidender Ansatzpunkt. Man kann keinen anspruchsvollen Klimaschutz anstreben und gleichzeitig die Kohle durch Subventionen und steuerliche Begünstigungen fördern. Die Kohle ist sowohl bei der Ökosteuer als auch bei der Mineralölsteuer begünstigt. Das ist eine massive Subventionierung eines Sektors, der langfristig keine Zukunft hat und eine Subventionierung, die zunehmend auch noch der

Importkohle zugute kommt. An dieser Stelle ist viel Raum für Veränderungen.

Eine neue Verkehrspolitik ist deshalb so wichtig, weil Deutschland als Transitland infolge der Osterweiterung mit einer Verkehrslawine konfrontiert werden wird. Konkret hat das zur Folge, dass die noch einigermaßen unzerschnittenen Gebiete im Osten Deutschlands erhebliche Zerschneidungseffekte erleben werden. Neue Lösungen könnten bei einer schrittweisen Verteuerung ansetzen. Die übermäßige Ausdifferenzierung der Produktion quer durch Europa ist nicht zuletzt durch die billigen Transportmöglichkeiten entstanden. Ohne diese Voraussetzung würde überflüssiger Verkehr unterbleiben.

Eine Globalisierung und Europäisierung ohne Verkehr und Mobilität ist nicht vorstellbar. Aber es muss nicht noch zusätzliche Verkehrsbelastung durch zu niedrige Transportkosten geschaffen werden. An dieser Stelle sind monetäre Instrumente gefragt. Ebenso bedarf es einer Regelung der Verbrauchswerte, da der Verkehr für den Klimaschutz eine besonders negative Rolle spielt. Statt der freiwilligen Vereinbarung über Durchschnittsverbräuche, sind Höchstverbrauchsnormen für Autos und festgelegte Obergrenzen notwendig. Die Besitzer von Autos mit einer hohen Material- und Umweltbelastung, welche für die Straßen eine besonders hohe Belastung darstellen, sollten stärker herangezogen werden, wenn Straßenbau und -reparatur ein Finanzproblem sind. Die Entfernungspauschale ist nicht gekürzt worden, aber immerhin gab es die Einführung der LKW-Maut.

Eine weitere Möglichkeit wäre die Einführung des Road Pricing für Städte. Ein System, welches sich in europäischen Städten, z.B. Oslo, durchaus bewährt hat. Es steht also eine große Bandbreite von Maßnahmen zur Verfügung, auf die man für eine neue Verkehrspolitik zurückgreifen kann.

Letzter großer Bereich ist die Finanzpolitik. Das vom Finanzminister gesetzte Ziel der Konsolidierung des Staatshaushaltes bringt Wachstumsprobleme mit sich. Man sollte hier beachten, in welchem Umfang insbesondere skandinavische Länder, im Umweltbereich Steuern erheben. In Dänemark, Schweden und den Niederlanden wird ein Steueranteil in der Größenordnung von 13-14% nur von Umweltabgaben bestritten. In diesen Ländern wird der Faktor Umweltverbrauch besteuert und zwar nicht nur in Bezug auf Energie, sondern z.T. auch in Bezug auf Kies- und Natursteinverbrauch. Entscheidend ist, dass man mit diesem Typ von Steuern den Faktor Arbeit entlastet.

In Deutschland ist es erklärtes Ziel, von den hohen Lohnnebenkosten herunterzukommen, um auf diese Weise Beschäftigung zu schaffen. Warum wird also nur die Tabaksteuer erhöht, wenn der Umweltverbrauch ein so breites Spektrum für Finanzierungen bietet?

In Ansätzen wurde dieser Weg im Bereich der Bau- und Grundstückspolitik erprobt, wie z.B. durch die Einführung der neuen Grundsteuer. Soll der Flächenverbrauch wirklich reduziert oder gestoppt werden, steht weiteres Spektrum von Möglichkeiten der monetären Steuerung zur Verfügung. Diese Möglichkeiten bestehen, auch wenn man bedenkt, dass dies insgesamt ein kompliziertes Feld ist.

Dr. Uwe Hartmann, Vizepräsident der Deutschen Gesellschaft für Sonnenenergie e.V. (DGS)

Beim folgenden Text handelt es sich um die Abschrift des Bandmitschnitts des Referates von Dr. Hartmann im Rahmen der Tagung.

Zur Betrachtung des Themenkomplexes Energie ist ein Blick auf den derzeitigen Entwicklungsstand in Deutschland hilfreich. Der Anteil erneuerbarer Energien an der Nettostromversorgung des Jahres 2001 betrug 7%. Am nationalen Wärmemarkt haben die erneuerbaren Energien einen noch geringeren Anteil. Die Einfuhr wird an dieser Stelle nicht betrachtet. Im Gegensatz dazu ist die Kernenergie zu 30% an der Nettostromversorgung beteiligt. Ebenso weist Steinkohle einen ähnlich hohen Anteil auf.

Es sind 130 000 Menschen im Bereich der erneuerbaren Energien beschäftigt. Diese Entwicklung bedeutet eine erhebliche Steigerung innerhalb der letzten zwei Jahre. In Bezug auf Nutzung und Umsatz der erneuerbaren Energien, stellt sich folgende Lage dar: der Gesamtumsatz erneuerbarer Energien betrug ca. 8 Mrd. €, wovon auf die Windenergie und die Biomasse die größten Anteile entfallen. Auch hier ist eine erhebliche Steigerung zu verzeichnen. Es steht fest, dass die erneuerbaren Energien auch wirtschaftlich nicht mehr aus unserer Gesellschaft wegzudenken sind.

Was muss also in Zukunft getan werden, um die erneuerbaren Energien am Markt zu stärken? Eine zweigleisige Strategie bestehend aus Effizienz- und Konsistenzverbesserung ist notwendig. Ziel für die nächsten ca. zehn Jahre sollte es sein, eine jährliche Steigerung der Energieproduktivität von mind. 3,5-4 % zu erlangen. Zum Vergleich: in den letzten 10 Jahren wurde eine jährliche Steigerung um durchschnittlich 1,7% erreicht. Soll sich bis zum Jahr der Primärenergieverbrauch um 30% verringert haben, muss die Energieproduktivität erneuerbarer

Energien verdoppelt werden. Das ist zunächst ein festgesetztes Ziel.

Hinzu muss eine Steigerung des Beitrages erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch auf mindestens 15% im Jahre 2030 kommen. Es gibt Stimmen, die noch sehr viel mehr fordern, aber an dieser Stelle soll eine Fixierung auf 30% Ausgangspunkt sein. In diesem Falle muss der Anteil an der Stromerzeugung auf ca. 25% gesteigert werden.

Wie kann dieses Ziel erreicht werden?

Beim Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung gab es in der Vergangenheit große Defizite.

Eine Studie von Nitsch, DLR und Martin Fishedick, Wuppertal-Institut zeigt ein mögliches Szenario der künftigen Entwicklung des Primärenergieverbrauches und die daraus resultierende Reduktion der CO₂-Emissionen.

Die Kernenergie wird, dieser Studie folgend, im Jahre 2020 gegen Null gefahren sein. Ebenso werden die Anteile von Mineral-, Stein- und Braunkohle in den nächsten 30 Jahren dramatisch reduziert. Zum zweiten ist, bezogen auf den Primärenergieverbrauch des Jahres 2000, eine Reduktion um den Faktor 2 zu verzeichnen. Im Stromsektor wird sich dagegen bis zum Jahre 2050 wenig ändern. Das liegt unter anderem daran, dass der Eintritt in die Wasserstoffherzeugungstechnologie-Gesellschaft bevorsteht und dazu wird vermehrt Strom benötigt. Für das Jahr 2050 werden 57 Tera wattstunden prognostiziert.

Im Vergleich dazu bestehen im Bereich Wärmebedarf noch viele Handlungsmöglichkeiten: dort ist eine Reduktion um den Faktor 2, basierend auf dem verstärkten Einsatz von z.B. Kollektoren, Geothermie und Biomasse, zu erwarten. In ihrer Gesamtheit stellen diese Prognosen ein mögliches Szenario für die Entwicklung des Energiebedarfes in Deutschland dar.

Dennoch scheinen diese Voraussagen zu gering angesetzt. Die DGS strebt nicht die 50%ige Versorgung mit regenerativen Energien im Jahr 2050 an, sondern eine 100%ige Versorgung. Es gibt im Gegensatz zu dieser Studie von Nitsch und Fishedick durchaus auch andere Voraussagen, wie z.B. eine Untersuchung von Volker Graschneck.

Aus seiner Studie geht hervor, dass bei einer Reduktion des Primärenergieverbrauches um 50% bis zum Jahr 2050, die Nachfrage allein durch erneuerbare Energien sichergestellt werden kann. Ohne großen Einsatz von Speichertechnologie ist es in diesem Szenario möglich, im Jahr 2050 durch Biomasse, Blockheizkraftwerke, Windkraft, Photovoltaik und Wasserkraft den Strombedarf in Deutschland ausschließlich mit regenerativen Energien zu decken. Dies wurde detailliert nachgerechnet, allerdings ohne Einbeziehung der Kosten.

Welche Instrumente sind dazu notwendig?

Das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG), hat den großen Erfolg in den letzten drei Jahren gebracht. 1999 waren 9 500 Megawatt installierte Leistung vorhanden, im Jahre 2002 bereits ca. 16 000 Megawatt und diese Tendenz setzt sich fort.

Bei der Windkraftanlagenerstellung haben wir heute im Vergleich zum Jahre 2001 schon eine 35%ige Steigerung in Bezug auf die installierte Leistung. Für diese Entwicklung hat das EEG den entscheidenden Grundstein gelegt. Zudem wurden 50.000 neue Arbeitsplätze besonders in der Windenergie in den letzten Jahren geschaffen.

Das EEG bleibt, unabhängig von der jeweiligen Situation des Bundeshaushaltes, ein zentrales Element der Politik. Ein Vorteil, der dazu geführt hat, dass in diversen europäischen und internationalen Ländern wie z.B. Taiwan, China, Ungarn usw., das EEG adaptiert wurde und gleichzeitig vielen anderen Ländern dieser Welt als Vorbild dient.

Ein zukünftig besonders bedeutendes Feld ist die Photovoltaik. In diesem Bereich ist ein immenses Wachstum zu verzeichnen. Am Ende des Jahres 2002 werden ca. 120 Megawatt installiert sein. Für die Entwicklung der Photovoltaik gibt es eine geplante Produktion, die vom Ursprungsstoff Rohsilizium bis zu den Solarmodulen reicht. Neuerdings kommen auch die Dünnschichtmodule von Firmen wie RWE, Shell Solar, Qsels hinzu. Von diesen Firmen werden unter anderem in Leipzig und Berlin Zellen in der Größenordnung 50-150 Megawatt Pkw produziert; an dieser Stelle erfolgt also eine Wertschöpfung im Lande. Das bedeutet, das EEG war in allen drei Bereichen Umweltpolitik, Energiepolitik und Industriepolitik gleichermaßen erfolgreich. Und das ist der auch ein Grund dafür, weshalb es hoffentlich in vielen Ländern der Erde adaptiert werden wird.

Wie sollte es weitergehen mit dem EEG?

Die DGS vertritt die Meinung, dass die zunächst auf zehn Jahre festgesetzte Laufzeit auf jeden Fall verlängert werden muss. Es muss auch in Erwägung gezogen werden, ob nicht das 100.000-Dächer-Programm durch eine Anpassung des EEG in Bezug auf die Reduktion der Einspeisevergütung von jetzt noch 5% pro Jahr um 1,2 Jahre abgelöst werden sollte. Das 100.000-Dächer-Programm ist etwas zu bürokratisch.

Das EEG ist ein sehr einfaches, transparentes Instrument, um nicht nur dem Strom aus Photovoltaik entsprechend zu vergüten, sondern auch den Strom aus Biomassekraftwerken, Windkraftwerken, Wasserkraftwerken usw..

Bei der Erstellung und Produktion von Photovoltaikanlagen, ist eine Kostenreduktion in der Größenordnung von etwa 50% in den nächsten zehn Jahren zu erwarten. Die Kostenschere zwischen fossil erzeugtem Strom und photovoltaisch erzeugtem Strom wird damit faktisch geschlossen.

Bei den anderen Technologien bietet sich ein etwas anderes Szenario. Im Bereich der Windkraft sind die Möglichkeiten zur Kostenreduktion weitgehend ausgeschöpft. Der Sektor der

Biomasse bietet noch viel weniger Spielraum und die Wasserkraft ist in Deutschland zu etwa 80-85% ausgereizt. Photovoltaik wird in Zukunft neben Windkraft und Biomasse das zentrale Element sein.

Wie stellt sich der Wärmemarkt in Deutschland dar? An dieser Stelle ist das Stichwort Solarthermie von größter Bedeutung. Deutschland ist der größte Solarthermiemarkt Europas. 54% der Projektfläche wurden installiert. Viele große Firmen haben massiv in den Ausbau ihrer Produktionsanlagen, Beschichtungsanlagen und Herstellungsanlagen als solche investiert. Der Umsatz im Jahr 2001 betrug ca. 1 Mrd. DM.

Aufgrund einer katastrophalen Politik in Bezug auf die Fördersätze des Marktanreizprogramms ist der Umsatz in diesem Jahr um etwa 50% eingebrochen. Das hat für viele kleinere Firmen die Insolvenz zur Folge gehabt.

Ein solches Förderinstrument wie das Marktanreizprogramm mit seiner Kopplung an den Bundeshaushalt ist für eine sinnvolle Förderung ungeeignet. Im Augenblick wird beraten, wie ein sogenanntes regeneratives Wärmegesetz analog dem Einspeisegesetz in den Wärmemarkt eingebracht werden könnte. Zu diesem höchst komplexen und komplizierten Thema gab es am 22. Oktober eine Expertenrunde in Berlin, aber es werden noch drei bis vier Monate benötigt, um der Politik eine beratungsfähige Vorlage präsentieren zu können.

Stichwort könnte z.B. Zertifikatehandel im Wärmemarkt sein. Um der Solarthermie zu einer Marktdurchdringung zu verhelfen, gibt es mehrere, in verschiedenen Abstufungen sinnvolle, Instrumente. Die Idee der Ökozulage ist sozusagen indiskutabel. Die Abschreibemöglichkeiten erscheinen sehr viel sinnvoller, weil sie sich in der Vergangenheit bewährt haben, aber angesichts der neuen Entwicklung erscheint auch diese Möglichkeit obsolet. Zum Thema Solarthermie braucht es also noch viele Innovationen.

Das Instrument Ökosteuer ist schon ein sehr gutes Instrument, nur ist eine Nachbesserung natürlich dringend notwendig. Es gibt einige Beispiele für Schwachstellen, die im Gesetzestext dringend nachgebessert werden müssen. Bekanntermaßen ist die Umschichtung der Abgabenlast vom Faktor Arbeit auf den Faktor Natur unbedingt notwendig.

Zentrales Element der zukünftigen Energieversorgung Deutschlands werden die „Dreifelderwirtschaft“ und die Biomassennutzung sein. Dreifelderwirtschaft bedeutet, der Landwirt wird u.a. auch der Energiewirt. Erstes künftiges Aufgabenfeld der Landwirte wird eine ökologische, nachhaltige Lebensmittelproduktion sein. Zweitens werden Energiepflanzen angebaut werden und damit wird das Thema Biomassennutzung eingeschlossen. Drittens muss die heute kaum genutzte Pflanzenchemie verstärkt ausgebaut werden. Es gibt zu diesem Bereich bis jetzt kleine Ansätze beim Automobilbau. Außerdem muss die Energie- und Materialeffizienz verbessert werden. Die Effizienzrevolution muss angegangen werden. Informations- und Kommunikationskampagnen sind hier nur eine Möglichkeit.

Es müssen die Lebenszykluskosten der produzierten Güter mit in die Erneuerungsprozesse einbezogen werden. Bei vielen Firmen spielt dieser Aspekt im Prinzip überhaupt keine Rolle. Eine Senkung der Kosten im Produktionsprozess unter Berücksichtigung dieser Lebenszykluskosten und eine Reduktion des Material- und Energieeinsatzes wird in Betrieben und in der Ausbildung der Betriebswirte bisher nicht als Möglichkeit in Betracht gezogen..

Fachforum 3

Weiterentwicklung des Umweltrechts

Moderation: Dr. Stefan Klinski, Impulsreferat: Prof. Dr. Walter Bückmann, TU Berlin

Dr. Stefan Klinski, FHW Berlin

Auswertung des Fachforums

Zum Thema Weiterentwicklung des Umweltrechts hat Prof. Bückmann in einem Impulsvortrag dargestellt, welche Facetten das Thema Nachhaltigkeit haben kann. Dies wurde anhand zweier Forschungsvorhaben von ihm, veranschaulicht. Das erste Projekt beschäftigt sich mit der Frage, wie Nachhaltigkeit im deutschen Recht umgesetzt werden kann. Das zweite geht der Frage nach, ob Nachhaltigkeit durch Recht erreicht werden kann.

Welche Rolle kann das Recht als Impulsfaktor spielen? Ergebnis der Diskussion war: Recht kann nicht aus sich heraus Nachhaltigkeit konstruieren oder bewirken. Es kommt vielmehr darauf an, dass die Zivilgesellschaft die durch das Recht festgesetzten Richtlinien stützt. Man braucht Regulationen, aber dafür ist die gesellschaftliche Basis nötig.

Das griff den Gedanken der tragenden Rolle der Zivilgesellschaft auf. Außerdem haben wir uns mit folgenden zwei Fragen beschäftigt: Erstens wurde versucht, die Rolle des Umweltgesetzbuches zu klären. Welche Anforderungen muss ein UGB erfüllen, damit es zu einer Harmonisierung des klassischen Umweltrechts beitragen kann? Nachhaltigkeit im Recht muss mehr bedeuten, als nur innerhalb des klassischen Umweltrechts Verbesserungen herbeizuführen. Es kommt vor allem darauf an, Instrumente in anderen Bereichen einzusetzen, in denen es bis jetzt keine adäquaten Möglichkeiten gibt. Es braucht z.B. in Bezug auf Energie, Umgang mit Flächenverbrauch oder den Umgang mit Verbraucherverhalten neue Herangehensweisen.

Zweiter Punkt ist der Begriff der Nachhaltigkeit. Inwieweit ist es sinnvoll den Begriff der Nachhaltigkeit im Recht selbst legal zu definieren? Diese Festlegung hätte sicherlich Vorteile, weil damit eine gewisse Steuerungsfunktion vorgegeben wäre, indem der Begriff rechtlich ausfüllt und definiert wird.

Das würde dazu führen, dass die Verwaltung den Begriff auszufüllen hätte und die Gerichte den Begriff rechtlich verbindlich auslegen müssten. Letzten Endes hätten damit die Gerichte die Definitionsmacht. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob der Versuch der legalen Definition der richtige Weg ist, oder ob es nicht sinnvoller ist, die Kräfte in eine Konkretisierung der Inhalte zu investieren, anstatt auf die Begriffswahl und Begriffsdefinition so ein großes Augenmerk zu setzen.

Betrachtet wurden ebenso die Probleme, die sowohl im Rahmen des Föderalismus als auch im Rahmen des Regionalismus entstehen. Hierbei geht es um die richtige Wahl des Ausgangspunktes zum Ansetzen von Nachhaltigkeitsinstrumenten. Soll dies auf regionaler Ebene, Landesebene oder Bundesebene, oder auf europäischer oder globaler Ebene geschehen? An dieser Stelle herrscht ein ziemliche Verwirrung, da sich bestimmte Dinge in der Vergangenheit durch die Praxis entwickelt haben mit denen man heute leben und arbeiten muss. Im Prinzip wäre es wünschenswert, auf jeder Ebene möglichst das zu regeln, was Identität stiften kann. Das ist allerdings eine Jahrhunderaufgabe. Man muss auch berücksichtigen, dass in manchen Bereichen praktisch eine Art Wettbewerb gegen den Umweltschutz existiert. Vor allem ist es einen Wettbewerb um die Kosten, der zwischen verschiedenen Regionen, verschiedenen Wirtschaften in verschiedenen Ländern geführt wird. In diesen Bereichen ist es zumindest berechtigt oder sogar notwendig, an der jeweilig übergeordneten Ebene anzusetzen, um dem Druck gegen den Umweltschutz entgegenzuwirken bzw. einen Wettbewerb um den Umweltschutz schaffen zu können.

In Johannesburg ist immerhin erreicht worden, wenn auch nur sehr knapp, dass auf der globalen Ebene die multilateralen Umweltabkommen auf eine Ebene mit dem Welthandelsrecht gestellt wurden. Es kann also im Moment nicht von einer Unterordnung der multilateralen Umweltabkommen und allgemeinen Umweltbelange unter die Ziele des Welthandelsrechts der Liberalisierung gesprochen werden.

Auf der anderen Seite muss man einsehen, dass in der Realität, die Regelungen auf der globalen Ebene so sind, dass man die multilateralen Umweltabkommen und die Umweltbelange insgesamt gegenüber dem Welthandelsrecht in der Defensive sehen muss. Für eine praktische Gleichrangigkeit der Interessen muss noch sehr viel getan werden. Wobei es eigentliches Ziel einer Nachhaltigkeitsstrategie sein sollte, eine Überordnung des Nachhaltigkeitsgedankens über die Aspekte der Weltökonomie zu erreichen.